

Berliner Tageblatt

Nr. 65

und Handels-Zeitung

53. Jahrgang

Druck und Verlag von Rudolf Möller in Berlin.

Schiffcherin über die Anerkennung.

Befriedigung in Moskau.

Die Auslegung der bedenklichen Stellen. — Frankreichs Stellung zu Rußland.

Telegramm unseres Sonderkorrespondenten Paul Schoffer.

Moskau, 7. Februar.

Angeichts des Waffenstillstandes, der die Parteistreitigkeiten unter dem Eindruck des Woblenz-Kennis beendet hat, und der englischen Anerkennung durch die eine Woge des Optimismus unüberwindlich überwindlich hat, hat die Schiffcherin mit dem Vertreter der Presse einen ausführlichen Bericht über die bedenklichen Stellen der Fassung und des Inhalts der englischen Note ebenfalls einer optimistischen Auffassung gewidmet, die sich auf Sonder-Informationen stützt.

Schiffcherin betonte, die Anerkennung habe keinen räumlichen, sondern unbefreitbar endgültigen Charakter in aller Form. Es sei wichtig, daß die größte Unsicherheit über die Güte der Entscheidung nicht durch die Unklarheit der Fassung und des Inhalts der englischen Note ebenfalls einer optimistischen Auffassung gewidmet sind, die sich auf Sonder-Informationen stützt.

dingung zu prüfen. Ergebe sich, daß die Verträge zu Bedenken Anlass bieten, so sei von der gegenwärtigen englischen Regierung gewiß Entgegenkommen zu erwarten. Der Passus über Protagoras beziehe sich nur auf die allgemein geltende Verpflichtung der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates, sei also die übliche normale Gegenstandsgegenständlichkeit zwischen zwei fremden Mächten. Gewisse Grundzüge der Sowjetrepublik seien unantastbar, so ihre Stellung zu den Vätern des erwachenden Ostens. Zur Frage der Schulden führte Schiffcherin aus, daß die englische Regierung die Reziprozität der gegenseitigen Verpflichtungen anerkannt habe. Die Durchführung werde entweder durch die Gegenüberstellung der gesamten Ansprüche durch die Regierung oder der privaten Ansprüche durch Vermittlung der Regierung erfolgen. Die Kreditgewährung sei die notwendige Vorbedingung für die Möglichkeit, die Schulden zu bezahlen. Schiffcherin betonte zum Schluß, die Sowjetregierung habe niemals die Regelung der Beziehungen ohne Fragen zu stellen und gründliche Erörterung aller Fragen für möglich gehalten. Man erwarte keine Schwierigkeiten von der gegenwärtigen Sowjetregierung, sondern glaube, daß die Aufnahme der Beziehungen zum Frieden und zur Verhängung Europas beitragen werde. Auf die Frage nach dem Stande der Verhandlungen mit Frankreich antwortete Schiffcherin: „Wir warten nur Frankreichs Antwort an, das wir bereit sind, zu sprechen, aber nur unmittelbar mit Paris, sobald wir in Verhandlungen treten.“

London, 7. Februar. (M. T. W.)

Neuer erzählt von amtlicher russischer Seite, daß die Antwort Moskaus auf die britische Note betreffend die Anerkennung der russischen Regierung heute erwartet wird.

Polens Sanierung.

Die Reformen Grabstis. — Die wahren Hindernisse.

(Von unserm Korrespondenten)

Warschau, Ende Januar.

Trotz aller politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegen Deutschland hat man in Polen doch sehr gewissenhaft alle Versuche studiert, die im Deutschen Reich zur finanziellen Sanierung unternommen worden sind. Der Finanz- und Premierminister Grabstis machte sich den Vorteil zunutze, die Wirkung der deutschen Verordnungen sehen zu können, ehe man selber in die Lage kam, sie so oder ähnlich ebenfalls anzuwenden.

Grabstis genötigt der Auf eines sehr tüchtigen Volkswirtschaftlers, als der er auch über die Grenzen seiner Heimat hinaus bekannt geworden ist. Schon manche politische Regierung vor ihm hat das Sanierungswerk verlust und Grabstis selbst war vor seiner jetzigen Periode schon zweimal Finanzminister. Die früheren Versuche wurden immer wieder vereitelt durch den traditionellen und typischen Parteienstreit, der Polen von Regierungsturz zu Regierungsturz führte und heute „Hüh“ und morgen „Hott“ gelenkt werden ließ. Grabstis erhebt sich über diesen Parteienstreit und hat sich ein Ziel gesetzt, das er als das deutsche Sanierungsprogramm — eine reine Finanz- und Wirtschaftspolitik — alle Probleme der inneren wie der äußeren Politik haben zu schweigen und zurückzutreten, erklärte Grabstis dem Sinne nach, bis die Sanierung der Finanzen gelungen sei wird.

Das Vollmachtsgesetz ist erst seit dem 15. Januar in Kraft, und es ist zweifellos ein verträglich Optimismus, jenseit eine „Sanierung“ darin zu erblicken, daß seit etwa vierzehn Tagen eine gewisse Stabilisierung des Dollarkurses an der Warschauer Börse eingetreten ist. In einer Periode rigorosster Einflußbeschränkungen und gleichzeitiger fremdwirtschaftlicher Eingänge in die Staatsbank (Ausgleichungen der Industrie- und Handelsorganisationen für auslandswirtschaftliche erlaubte Ausfuhrkontingente von Rohprodukten und anderen Erleichterungen) ist es kein Meisterstück schwarzer Kunst, für einige Zeit den Kurs stabil zu halten. Ganz besonders nicht in einem stark anaphorischen Lande, wo schon die Ausbreitung von Gerüchten, daß Amerika die Dollars außer Kurs setzen wolle, einen tiefen Fallstrom aus den Löhnen der Bauern und der kleinsten Kleinrentner auf die Börse lenkt. Und doch wird das Stabilhalten dadurch erleichtert, daß durch die gesteigerte Vorrückung der Zahlungstermine großer Steuern durch Häufung von Steuerzahlungen in einer sehr kurzen Periode bei gleichzeitigem geschäftlichen Stillstand und sehr fest gehaltenem Notendruck eine „Realisierung von Werten“, ein „Eingriff in die Substanz“ weithin erzwungen wird. Diese „Realisierung“ geschieht aber zunächst hinsichtlich der fleckierten Dollarkontingente beim Export und des in Dollark festgelegten „Exportzollens“ beim Import.

Zunehmend — es ist unbestreitbar, daß die Stabilisierung der Kurse an der Schwelle der Sanierungsperiode das Vertrauen zu Grabstis im Lande gewaltig stärkt und dadurch ein äußerst günstiges Moment für seine Arbeit darstellt. Grabstis Ziel ist der möglichst beschleunigte Übergang von der Papiermark zur Goldwährung, um politischen „Loh“, eine private, nationale Notenemissionsbank, die jedoch die Aktienabsorption erhöht hat, soll in einigen Monaten ihre Tätigkeit beginnen durch Ausgabe von fünfprozentigen in Gold oder Gelddollaren gedeckten Zinsloosen. Die auch hier als notwendig erkannte Zwischenlösung konnte aus verwaltungstechnischen Gründen nicht als „Rentenmark“ gefunden werden; deren Stelle übernehmen wertbeständige, auf Zins (dem Goldfranc gleichend) lautende „Steuerbonds“, „Einkaufsobligationen“ und „Dollaranleihen“.

Erste Epoche im Grabstischen Sanierungsplane soll die Stilllegung der Marktpresse, wenigstens für „staatliche“ Zwecke, sein. Eine feierliche Proklamation Grabstis an das polnische Volk — Worte und Dekoration sind in Polen unentbehrliche Regierungsequivalente — kündigt diese Einstellung des Marktdruckes für Anfang Februar an. Das bedeutet, daß Grabstis durch gleichzeitige drastische Spar- und Abbaumaßnahmen und Vorwegnahme später fälliger Steuern und die außerordentliche Vermögenssteuer schon im Februar das Gleichgewicht im Budget zu erzielen hofft, daß dann in den folgenden Monaten mit Hilfe der Steuererhöhung, Steuererhöhung und neueröffneter Steuerquellen erhalten werden soll.

Gerade auf diesem Gebiete liegt eine ernste Gefahr für den Dauererfolg des Grabstischen Werkes und für das Schicksal der künftigen Zinswährung. So unüberwindlich auch alle Umgebungen über die künftige Budgetgarantie sind — das Parlament hat sich mit dem Budget noch nicht befaßt —, so ist doch jenseit erklärlieh, daß das Prinzip, jedes Budgetloch mit vorgegenommenen Steuern zu stopfen, sich nicht ad libitum fortsetzen läßt — ebensowenig, wie die Last der Schuldverzinsung und Amortisierung fortgesetzt wird, wenn die ausländischen Gläubiger vorläufig ein Moratorium erteilt haben.

Es gibt aber auch noch andere, vielleicht noch schwerere Gefahren; gegen diese appelliert die erwähnte Proklamation an das Volk“ bereits an die künftigen Gesetzen der Allgemeinheit. Diese Gefahren sind die notorisch schlechte, man könnte sogar rassistisch schlechte, historisch gewordene Steuer-moral des größten, nämlich des ehemals russischen Teiles Polens — und im weiteren der teineswegs auch nur annähernd ideale Finanzverwaltung in Warschau. Andere, von Grabstis nicht genannte Gefahren liegen auf politischem Gebiete: der Parteienkampf im Sejm ruht nicht — und eine Regierung kann auch über andere als finanzielle Fragen stolpern; davon abgesehen aber ist das Parlament eben drauf

Der fragwürdige Kammersteg Poincarés.

Ein Rechenmännchen.

Telegramm unseres Korrespondenten

Paris, 7. Februar.

Die gefragte Kammersteg endete mit einem Schlußheft, einem komplizierter Natur ist, und der in den Kommentaren der Abgeordneten zur richtigen Wirkung kommt. Es wurde berichtet, die beiden Sitzungen des Tages durch eine Menge von Zusatzfragen ausgelassen wurden, die die Kommunisten zum Teil des Regierungsvorstoßes einbrachten, um die Abstimmung über die Dekrete zu verhindern. Alle diese Anträge hatten den Zweck, die Verhandlung auszulassen, denn ihre Erledigung würde, und die Kommunisten erwarteten auch nichts anderes, die Abstimmung über die Dekrete zu verhindern. Die Kommissionen Wilson eingeleiteten Sitzungsperiode, ein anderes geführtes wurde. Der erste stellte noch einmal den Antrag, den er bereits einer Interpretation begründet hatte, den ersten Artikel des Vollmachtsgesetzes in zwei Teile zu zerlegen. Der zweite Teil über die Erteilung von Erlassen sei einstimmig angenommen worden. Der zweite Teil über die Erteilung von Dekreten solle abgelehnt und besonders die Regierung sollte diesen Antrag ab und stellte Vertrauensfrage. Als es zur Abstimmung kommen sollte, den 50 Abgeordnete der Opposition den Antrag ein, die Abstimmung öffentlich auf der Tribüne vorzunehmen. Die Abstimmung war im Vorgerichte Stunde waren bereits wieder unter dem nationalen Woblenz nach Hause gegangen. Die Kommissionen sollten die Abstimmung ausfallen, und die Abstimmung hätte auf diese Weise nicht erzielt werden. Die Abstimmung wurde den Abgeordneten des nationalen Woblenz, die Aufregung war groß, die Quittiers bildeten die übliche Kette, der Aufmarsch der Abgeordneten begann. Länger als eine

Stunde wartete man auf das Resultat. Endlich wurde es verkündet, der Antrag Geriot wurde mit 253 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Aber auch die vorgeschriebene Stimmenzahl war nicht erreicht. Demission! riefen die Sozialisten den Minister Poincaré ab, der nach den Schiedungen hietisch war und erklärte: „Wenn die Gegner der Regierung den Mut haben, das Wort auf der Tribüne zu begründen, dann wird die Regierung wissen, was sie zu tun hat.“

Aber diese geheimnisvolle Prognose brachte nicht auszuführen zu werden. Der Generalsekretär des Palais Bourbon, Pierre, ein gelehrter Spezialist für alle schwierigen Fragen, hatte einen Vortragsplan des Reglements entworfen, der die Regierung rettete. Nach dem Artikel 50 müssen bei der namentlichen Abstimmung auf der Tribüne die Vertreter der Antragsteller der Majorität hinausgerufen werden, falls der Antragsteller nicht mit abgestimmt hat. Diese 50 Abgeordnete hatten nicht mit abgestimmt und auf diese Art gegen ihren Willen der Mehrheit ein Glas von Stimmen verhaftet. Poincaré hatte also wieder einmal gefiegt. Aber auch die ihm ergebene Presse gefiegt zu, daß dieser Sieg nicht nach Vorberaten buftet. Poincaré hatte gefiegt 253 Stimmen erhalten, und es gibt 615 Abgeordnete. Nur das unerwartete Hin-zufügen der fünfzig Stimmen, die eigentlich seine ihn waren, hat ihn gerettet. Natürlich wäre es anders gekommen, wenn nicht viele Deputierte des nationalen Woblenz abwesend gewesen wären. Aber in den nächsten Minuten ist noch der bedeutungsvolle Satz zu lesen: „Poincaré ist gefiegt moralisch gekürzt. In normalen Zeiten hätte der Ministerpräsident nach diesem deutlichen Mißerfolg dem Präsidenten der Republik seine Entlassung angeboten.“

Lehnen Arbeiten der Sachverständigen.

Leise Mackennas. — Das Problem der Goldnotenbank.

Der zweite Sachverständigenausschuß, der sich der Kapitalfluchtfrage beschäftigt, hat seine Arbeiten beendet. Mackenna ist heute vormittag nach London gereist. Die übrigen Mitglieder der zweiten Kommission im morgen ebenfalls Berlin verlassen und nach Paris aufbrechen, um dort ihren Bericht über die von ihnen stellten Untersuchungen niederzulegen.

Der erste Ausschuß hofft, seine Arbeiten Ende dieser Woche,stens Anfang nächster Woche zu Ende führen zu können. Im Vordergrund der Besprechung steht gegenwärtig noch das Problem Goldnotenbank, wobei insbesondere der französische Entschloß ist.

Der Gegenorschlag zu Schachts Plan.

Telegramm unseres Korrespondenten

Paris, 7. Februar.

Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ erzählt, daß die Sachverständigen den Gegenorschlag zu dem Plan Dr. Schachts für die Gründung einer Goldemissionsbank ausgearbeitet haben. Nach dem Pariser Blatt enthält dieser Gegenplan die Vorschläge, die Mackenna für die neue Bank stellen bis zu den Bestimmungen der Reichsbank entnommen worden und die im Beifolgungsgehe Rentenmarkt soll durch eine „starke Hypothek“ ge-

hört werden. Auslandskapital wird im Verhältnis zu 50 Prozent bezugsgenommen. Die Rentenbank verschwindet nach einiger Zeit, aber die Besitzer von Rentenmark erhalten den vollen Gegenwert in neuer Goldmark. Der Sitz der Bank bleibt in Deutschland.

Noch ein amerikanischer Sachverständiger.

Sunktelegramm unseres Korrespondenten.

New York, 7. Februar.

George Hayes, ein Mitglied der Bankfirma Morgan, der als ein bedeutender Kenner des deutschen Bank- und Finanzwesens gilt, ist heute nach Europa abgereist. Man nimmt an, daß er aufgegeben werden ist, dem Sachverständigenausschuß der Generalbank Dares bei Abfassung seines Berichtes beizutreten zur Seite zu stehen. Ferner wird angenommen, daß er mit den englischen Bankinstituten über die Abstimmung der neuen Sanierungsanleihe für Ungarn verhandeln werde.

Enttarnung des früheren Präsidenten Laft.

Sunktelegramm unseres Korrespondenten

New York, 7. Februar.

Aus Washington wird gemeldet, daß der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, William Howard Taft, der als Präsident des obersten Bundesgerichts dort wohnt, gefiegt plötzlich nach dem schärfsten an beunruhigenden Verdauungsbeschwerden erkrankt ist. Doch wird jetzt gemeldet, daß Taft anscheinend außer Gefahr ist. Er ist nach Wilsons Tod der einzige der noch lebenden Präsidenten der Union.